

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

monatlich	Kr. 16.-
vierteljährlich	48.-
halbjährlich	96.-
jährlich	192.-

Kündigung von Abonnements erfolgt nur bei Einlieferung der Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.

## Wichtige Parteiberatung.

Prag, 7. Jänner. Die Vertrauensmänner der politischen und kulturellen Organisationen unserer Partei, der freien Gewerkschaften und der Genossenschaften haben sich heute in Prag zusammengefunden, um über die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Situation zu beraten. Nach einem Referat des Genossen J. Falck entspann sich eine längere Debatte, an der sich eine Reihe von Rednern beteiligte. Im Schlußwort behandelte Genosse Dr. Czoch alle in der Debatte aufgeworfenen Fragen, die vornehmlich die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gebieten betrafen.

## Erhebende Trauerfeier in Berlin.

Berlin, 7. Jänner. (Eigenbericht.) Unter ungeheurer Beteiligung der arbeitenden Bevölkerung Berlins ist heute nachmittags der von Sakentkreuzlern ermordete Sozialdemokrat Schneider bestattet worden. Zur den Mittagshunden zogen viele Tausende von Sozialdemokraten und Reichsbannerkameraden vor dem offenen Sarg vorbei, den man im Saalbau Friedrichshain aufgebahrt hatte. Die Kränze der republikanischen Parteiorganisationen, Gewerkschaften und Betriebsbelegschaften häuften sich zu einem wahren Blumenhain. Der Sarg verstand völlig unter der Fülle von Blumen, Kränzen und Kranzschleifen. Die Polizei mußte umfassende Absperrungen vornehmen, da die großen Säle und Höfe des Saalbau die Menge nicht mehr fassen konnten. Während der Aufbahrung erlitten auch Polizeipräsident Erzberger und ein mit einer Reihe hoher Polizeioffiziere an der Spitze des Ermordeten.

Um halb 5 Uhr nahm neben der Abteilung des Reichsbannerzuges, zu der der Verstorbene gehört hatte, Überwachen von uniformierten Schutzpolizisten beim Sarge Aufstellung. In der Reihe erschienen u. a. Reichstagspräsident Lohse, Vertreter der Sozialpartei, des Zentrum und für die Sozialdemokratische Fraktion. Zwischen dem Sarg und der Straße am Friedrichshain eine nach Jehntausenden zählende Menschenmenge angepöbelte; alle Straßen, durch die der Trauerzug seinen Weg zum Krematorium in der Gervillstraße nahm, waren von Menschenmengen über und über erfüllt. In der Gervillstraße hatte das Berliner Reichsbanner Aufstellung genommen.

Von mehreren hundert Kranzdeputationen gefolgt, wurde der Sarg vom Reichsbannerzug in das Krematorium gebracht, wo nach einer kurzen Trauerfeier stattfand. Unter Trommelwirbel sah der Zug in die Tiefe.

## Kommunisten stören den Trauerzug!

Berlin, 7. Jänner. Beim Leichenbegängnis des in der Reichstagsnacht erschossenen Reichsbannermitgliedes Schneider kam es in der Gervillstraße zu erheblichen kommunistischen Störungsversuchen. Die Polizei machte wiederholt vom Gummiknüppel Gebrauch. Ein Polizeioffizier geriet in Bedrängnis, worauf die Kommunisten Schreie schrien und die Menge zurückwich. Die Demonstranten langten die Internationale an und stießen Schreie gegen die Wache aus. Auch in der Adlerstraße kam es wiederholt zu Störungen des Trauerzuges.

## Abrüstungskonferenz 1932?

Venez als Vorsitzender in Aussicht genommen.

Berlin, 6. Jänner. Das Wollische Büro meldet aus Genf: Der Völkerverbund wird auf seiner bevorstehenden Tagung den Termin der Abrüstungskonferenz festsetzen. Der Vorbereitungsausschuss hat bekanntlich den deutschen Antrag, der Ausschuss möge dem Rat den 5. November 1931 als Datum empfehlen, abgelehnt. Aus der Aussprache gewann man den Eindruck, daß die Mehrheit des Ausschusses eine Einberufung der Konferenz vor Herbst oder März 1932 nicht wünscht. Entsprechend einem Wünsche von englischer Seite scheint eine Zweiteilung der Konferenz geplant zu sein, u. zw. derart, daß nach einer Generaldebatte und der Bildung der Kommission die Konferenz für zwei bis drei Monate vertagt wird.

Es bestätigt sich, daß die bisherigen diplomatischen Sondierungen eine Mehrheit für den tschechoslowakischen Außenminister Dr. Venez als ersten Vorsitzenden und den dänischen Außenminister Runch als Vizepräsidenten ergeben haben.

## Nach der Ruhr — Oberschlesien.

Berlin, 7. Jänner. (Eigenbericht.) Nach dem Zusammenbruch des wilden Streiks im Ruhrgebiet versuchen die Kommunisten, jetzt in Oberschlesien die Belegschaften zu bewegen, in den Ausstand zu treten. Da in diesem Bezirk verhältnismäßig viele Bergleute unorganisiert sind, haben die Kommunisten am ersten Tag gewisse Anfangserfolge erzielt. Erfahrungsgemäß dürfte hier noch schneller als im Ruhrgebiet die Parole zum wilden Streik verpuffen.

Die Gewerkschaften, die im Tarifverhältnis

## Der Schlichter interveniert erfolglos.

Berlin, 7. Jänner. (Eigenbericht.) Bei den Schlichtungsverhandlungen für das Ruhrgebiet, die in Essen stattfanden, ist heute auch das neue Verfahren ergebnislos beendet worden, weil eine Mehrheit für einen Schiedspruch nicht zustande kam. Die Unternehmer verlangen noch wie vor einen achtprozentigen Lohnabbau, die Gewerkschaften wollen allerhöchstens vier Prozent zugestehen. Der Vorschlag des Schlichters, sich mit sechs Prozent einverstanden zu erklären, wurde von beiden Parteien abgelehnt.

Am Sonntagabend nachmittags tritt der Gesamtvorstand des alten Bergarbeiterverbände zu einer Beratung über die augenblickliche Lage im Ruhrgebiet in Bochum zusammen, wozu eine Rekonferenz am Sonntag Vormittag ebenfalls in Bochum die augenblickliche Situation besprochen und sich über weitere Schritte schlüssig werden wird.

## Remarque-Film läuft in Wien.

Patentkrenzlertrawalle in mehreren Stadtteilen. — Aufführung bis auf eine Stinkbombe ungeführt.

Wien, 7. Jänner. (Eigenbericht.) Der Remarque-Film „Im Westen nichts Neues“ wurde heute zum erstenmal in öffentlicher Vorstellung, die von der sozialdemokratischen Kunststelle veranstaltet war, aufgeführt. Entgegen den Ankündigungen der bürgerlichen Presse hat die Regierung es unterlassen, ein Verbot auszusprechen, das in der Verfassung keine Grundlage gehabt hätte. Die Patentkrenzler hatten angekündigt, daß sie in die Leopoldstadt einen Demonstrationsparadeprozess unternahmen würden. Die Polizei hatte die umfassendsten Vorkehrungen getroffen; es waren etwa 2000 Polizisten aufgestellt, die in der Leopoldstadt jede Anomalie verhindern. Die ersten Zusammenrottungen gab es auf dem Franz-Josephs-Kai in der Nähe des Schwedenkino. Dort hatten sich einige hundert Patentkrenzler angepöbelte, die aber bald von der Polizei nach dem dritten Bezirk abgedrängt wurden. Dabei warfen sie Knallfrotzche, wodurch Gerüchte von Schiebereten entstanden. In einem Kaffeehaus zerschlugen sie auch einige Fensterscheiben. Auch in der Lohrstraße gab es am späten Abend kleinere Zusammenstöße mit der Polizei. Die Heimwehr hatte im Prater eine Protestversammlung einberufen, zu der auch Patentkrenzler kamen. Letztere ließen die Heimwehrredner aber nicht reden, sondern

zu den Unternehmern ziehen, haben die Beteiligung an dem Ausstand abgelehnt.

Ostrowitz, 7. Jänner. Ueber den wilden Streik im deutsch-oberschlesischen Bergbaugbiet, der heute nachmittags überraschend ausgedrohen ist, lagen um 18 Uhr folgende Ziffern vor: „Königin Louise-Grube“ 67 Prozent, „Königin Louise-Schild“ 31 Prozent, „Guido-Grube“ 20 Prozent, „Castellengo-Grube“ 35 Prozent, „Abwehr-Grube“ 90 Prozent, „Antonfordia-Grube“ 96 Prozent, „Bedwig Wunsch-Grube“ 80 Prozent, „Ludwig Glud-Grube“ 40 Prozent, „Lehringen-Bergbau“ 60 Prozent und „Preußen-Grube“ 40 Prozent. Auf den übrigen Gruben wird voll gearbeitet.

## 1100 Streifende entlassen!

Gelsenkirchen, 7. Jänner. Heute werden insgesamt über 1100 Mann, die mehr als drei Wochen nicht befreit haben, freilos entlassen.

Duisburg, 7. Jänner. Im Dortmunder Bezirk sind auf allen Zechen die Belegschaften vollständig eingefahren. In Essen wiesen bei der gestrigen Mittagspause die Streikziffern im Vergleich zu den vorgelegten fast alleenthalben einen beträchtlichen Rückgang auf, desgleichen in Duisburg-Hamborner Gebiet.

## Allgemeine Arbeitspflicht?

Berlin, 7. Jänner. Wie die Blätter melden, plant das Reichsarbeitsministerium, in den nächsten Tagen Vertreter der bedeutendsten Wirtschaftszweige, darunter auch der Arbeitergewerkschaften, zu einer Beratung einzuberufen, in der über eine allgemeine Arbeitspflicht beraten werden soll. Die Aktion wird mit der Rede des Reichsfinanzministers Dietrich, der gefordert hatte, daß die Arbeitslosenunterstützung durch Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen ersetzt werde, in Zusammenhang gebracht.

verlangten, daß man die Versammlung unterbreche und wieder demonstrieren gehe. Tatsächlich wurde die Versammlung unterbrochen und die Patentkrenzler wollten zum Schwedenkino ziehen, wurden aber auf dem Praterstern von der Polizei zerstreut.

Die Aufführung selbst ging in voller Ruhe vor sich. Es fanden im ganzen drei Vorstellungen statt: nur in der zweiten ließ ein Zuschauer, offenbar ein Patentkrenzler, aus einer Flasche Ammoniakgas ausströmen; die Vorstellung wurde aber nur auf wenige Minuten unterbrochen, während deren der Saal gelüftet wurde; dann ging die Vorstellung ungeführt weiter.

Um 10 Uhr abends war auch auf dem Franz-Josephs-Kai wieder alles ruhig. Die Polizei hatte um diese Zeit auch die letzten Patentkrenzler in die Innere Stadt abgedrängt, wo sie schließlich mit Gummiknüppeln sehr energisch gegen sie vorging. Dabei sollen einige Patentkrenzler leicht verletzt worden sein. Es wurde allgemein bemerkt, daß unter den Demonstranten ziemlich viele Wehrmänner waren; selbst Offiziere beteiligten sich. Im ganzen waren es aber wieder nur höchstens 1000 bis 2000 Leute, die den ganzen Kummel inszenierten.

## Autounfall des Ackerbaueministers Bradač.

Prag, 7. Jänner. Nach einer Meldung des „Lepreš“ erlitt heute auf der Pödebrader Straße Minister Bradač einen schweren Autounfall. Sein Wagen stieß dort mit einem Lastwagen zusammen und wurde zertrümmert. Minister Bradač selbst erlitt erhebliche Verletzungen am Kopf. Er wurde sofort in seine Wohnung nach Prag überführt und einer Operation unterzogen. Er erlitt einen Bruch des Halsbeines und zahlreiche Schnittwunden. Die Verletzungen werden als ernst bezeichnet, sind jedoch keineswegs lebensgefährlich.

Zu dem Unfall meldet das Prager Büro: Heute um 8 Uhr früh geriet das vom Verkehr

Josef Dobias aus Pödebrad geführte Lastautomobil O III 584 in der Gasse „Na Hráz“ ins Schlenkern und stieß mit dem rechten Vorderrad auf das Hinterrad des Ministerautos, das knapp an den Scheitern gemorfen wurde. Durch den Anprall wurde der Koffizier zertrümmert und das rechte Hinterrad stark beschädigt. Die Karosserie wurde oberhalb des rechten Rades beschädigt und das Glas des rechten Tür zertrümmert. Der Minister wurde durch den Anprall auf die Glassplinter geworfen, wobei er leichte Verletzungen im Gesichte und einen Bruch des Halsbeines erlitt. Die erste Hilfe leistete dem Minister der Ortsarzt Dr. Kraspin, worauf der Minister im Automobil nach Prag fuhr, wo er sich im Divisionshospital in Pflege befindet.

## Seipels Jahr der Unruhe

Ein Rückblick auf die österreichische Politik im vergangenen Jahre muß sich vor allem mit den schönen Plänen befassen, die der Herr Prälat Seipel gesponnen hatte, als er zwei Tage nach Ostern 1929 von seinem Amt als Bundeskanzler zurücktrat. Die Ereignisse des Jahres 1929 haben es ja gezeigt, daß er nur deshalb zurückgetreten war, um sich bei seinen Treibereien gegen die demokratische Entwicklung keine Hemmungen auferlegen zu müssen. Aber so sehr er auch die Heimwehren zu propagieren und zu größerer Aktivität zu treiben vermochte, es gelang ihm doch nicht seine Pläne durchzusetzen. Zunächst kam gegen seinen Willen die Regierung Stresemann, die eine Abkehr von seiner Politik versuchte, und als die fortwährenden Putschdrohungen der Heimwehren die Wirtschaft auf das schwerste erschütterten, kam die Regierung Schober, die ihre Taktik damit beginnen mußte, zu verhindern, daß dem Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt der Zusammenbruch der ganzen Volkswirtschaft folge. Aber Seipel gab sein Spiel darum noch nicht verloren.

Am Silbertag des Jahres 1929 verkündete er bei der Silberfeier des christlich-sozialen Gemeinderats sein politisches Programm für das kommende Jahr. Man wird die Ereignisse des vergangenen Jahres erst wirklich verstehen, wenn man sich noch einmal in Erinnerung ruft, was Seipel in seiner Silberrede vor einem Jahr gesagt hat; denn was in diesem Jahr gegen die friedliche Einigung Österreichs erstanden ist, war das Werk Seipels, der, was er nicht selbst vollbringen konnte, durch Baugott vollbringen ließ, den er seinen Nachfolgern als Verresminister hinterließ. Seine Silberrede begann nun Seipel mit dem Gesandnis, daß er es war, der die Heimwehren zu der Forderung nach der Verfassungsreform veranlaßt habe. Daran aber fügte er die Erklärung, daß man mit den Reformen noch nicht zu Ende sei, er sehe andere Reformen als ebenso wichtig an und zu diesen gehöre die Reform des ganzen Parteiwesens. Diese müsse man allerdings bei sich selber anfangen. „Das ist — meinte er — die Aufgabe, die wir im neuen Jahr haben werden.“ Und wörtlich sagte er noch: „Verlangen Sie also nicht, daß wir nächstes Jahr Ruhe haben wollen.“

Dieses Programm der Unruhe hat Seipel das ganze Jahr 1931 durchsetzen gesucht und er hat das auch mit dem Mittel der Reform des Parteiwesens, die er wirklich bei der eigenen Partei anzufangen machte, unternommen. Hatte er im Jahre vorher seinen Kampf gegen die Demokratie auf die Art geführt, daß er die Entwicklung der Heimwehren förderte und sie, so oft der Zeitpunkt günstig schien, gegen die Sozialdemokratie und gegen die demokratische Entwicklung des Staates losließ, so suchte er fortan seine eigene Partei mit dem Geiste des Heimwehrtums zu erfüllen, die christlichsoziale Partei selbst zur Trägerin des Heimwehrgedankens zu machen. Es begann in echt faschistischem Sinn mit einem Kampf gegen die Gewerkschaften, deren „Terror“ gebrochen werden sollte. Denn da konnte er sich noch auf den Schützling der christlichsozialen Gewerkschaften aufspielen, die in den Fabriken keinen Fuß zu fassen vermochten. Das „Antiterrorgesetz“, das dann auch wirklich beschlossen wurde, hat wohl einige Schifanen der Tätigkeit der Gewerkschaften gebracht, aber darum doch nicht den erwarteten Aufschwung der christlichsozialen Gewerkschaften. Dann folgte der Kampf gegen die Eisenbahner, der sehr sorgfältig durch eine Vorlage vorbereitet wurde, die eine vollständige Umwälzung des Bundesbahnbetriebes mit einer Einschränkung der Rechte der Personalvertretung verbinden sollte.

Im April übergab Seipel die Führung der Partei an Baugott und trat nun immer offener für den Faschismus, die „wahre Demokratie“, die man mit Parlamentarismus und

### Polnische Sozialisten über die Genfer Debatte.

Der sozialistische „Robotnik“ erklärt in seiner Dienstag-Ausgabe, daß die deutsch-polnische Kontroverse in Genf unabhängig von ihrem Verlauf und Ergebnis Polen großen Schaden zufügen müsse. Vor allem werde die Welt etwas über die letzten „polnischen Wahlen“ erfahren. Abgesehen von diesem moralischen Nachteil werde die Genfer Diskussion Polen auch politische Schäden zufügen, da die deutsch-polnischen Beziehungen, deren Milderung im Interesse aller verständigen Leute liege, durch den Konflikt eine bedeutende Verschärfung erfahren und die Dillerteute diese Angelegenheit zu einem Feldzug gegen das Kabinett Brüning sowie gegen die bisherige deutsche Außenpolitik benutzen würden. Außerdem sei zu befürchten, daß die deutsch-polnische Diskussion in Genf einen ungünstigen Einfluß auf die beabsichtigte Einberufung der Abrüstungskonferenz haben werde. In diesem Falle würde die öffentliche Meinung der Welt zum mindesten die Hälfte der Schuld daran Polen zuschreiben.

Republik nicht verwechseln dürfe, ein. Praktisch wurden diese Theorien im Mai ausprobiert, als sich die Heimwehren in Korneuburg auf den Faschismus festlegten und dem durch ein Gelöbniß Ausdruck gaben. Damals setzte Seipel durch, daß die christlichsoziale Partei das Korneuburger Gelöbniß als mit dem Grundglauben der Partei vereinbar erklärte. Immer inniger wurden die Beziehungen der Christlichsozialen zu den Heimwehren, bis dann endlich am 30. September die Regierung Baugoin-Starhemberg ernannt wurde. Die Wahlen, die dann folgten, zeigten allerdings, daß Seipels Silbersterprogramm nur zur Hälfte erfüllt war. Wohl hatte er den Staat in Unruhe gestürzt und wohl hatte er seine Partei im faschistischen Sinn reformiert, aber die Kosten hatte seine eigene Partei gezahlt. So mußte die Ernüchterung kommen und sie kam in der neuen Regierung Ender, der Regierung der bürgerlichen Parteien mit Ausschluß der Heimwehren und in der Abgabe der Christlichsozialen an die Heimwehrpolitik.

Für das Proletariat ist damit wohl die Gefahr des Bürgerkriegs beseitigt, aber es muß alle Kraft aufbieten, um die Anschläge abzuwehren, die die bürgerlichen Scharmacher auf seine Errungenschaften unternehmen. In dem Finanzausgleich sollen der Gemeinde Wien 49 Millionen Schilling (240 Millionen Kr.) jährlich genommen und ihr dadurch eine Einschränkung ihrer sozialen Fürsorge werden und zugleich sollte den Bedürftigsten der Arbeitslosen die Notstandsunterstützung genommen werden, womit die erste Breche in das System der Arbeitslosenunterstützung geschlagen werden sollte. Zwei Tage vor Neujahr ist es gelungen, eine Art Waffenstillstand herbeizuführen, indem das Gesetz über die Notstandsunterstützung bis zum 25. Jänner verlängert und damit auch Zeit zu neuen Verhandlungen über den Finanzausgleich gewonnen wurde. Die Bourgeoisie wird auf ihre Anschläge gegen die Arbeitslosen und gegen das rote Wien nicht verzichten. Aber das österreichische Proletariat steht in einheitlicher Front dem Scharmacterium der Bourgeoisie gerüstet gegenüber.

## Noch immer der alte Chauvinismus.

### Unsinnige Personalpolitik der Bahn.

Es gibt heute auch im vollkommen deutschen Gebiete nur selten noch einen deutschen Eisenbahner und ganz systematisch wird auch von diesen wenigen noch verblichenen, gut qualifizierten Deutschen einer nach dem anderen heruntergeholt, fast am Dienste, Bewahrung im Dienste, Freude an der Arbeit, erfolgreiches Schaffen für die Bahn — nichts von alledem kann dem deutschen Eisenbahner mehr üben. Selbst, daß er sich die allergrößte Mühe gibt, die „Staatsprache“ zu erlernen, hilft ihm nicht. Der Karlsbader „Volkswille“ veröffentlicht einen wahrhaft erschütternden

#### Brief eines alten Eisenbahners

der Hände spricht über das System, das die Bahnverwaltung zu dem ihren erkoren hat. Hier dieser Brief, den wir buchstabengetreu, ohne die allergeringste Aenderung, zum Abdruck bringen wollen:

Meierhöfen, 2. Jänner 1931.

Um überflüssigen Redereien ein Ende zu machen, warum ich so plötzlich vom Dienste abgezogen wurde, gebe ich folgendes bekannt:

Ich bin 29 Jahre bei der Bahn, davon 28 Jahre auf einem und demselben Posten (Blockposten 139 in Meierhöfen). Während dieser Zeit habe ich meinen Dienst zur vollen Zufriedenheit aller meiner Vorgesetzten gemacht. Ich wurde mündlich gelobt, erhielt einmal 90 Kr. und zweimal je 100 Kr. als Belohnung für gewissenhafte Dienstleistung.

Am 15. Juni 1923 wurde die ehemalige P. E. B. vom Staate übernommen. Am 2. August 1923 erhielt ich folgenden Dienstbefehl:

„Zum Tage des Erhaltes dieses Dienstbefehles schreiben Sie in das Dienstbuch alle dienstlichen Eintragungen und alle dienstlichen Angelegenheiten in der Staatsprache — das ist tschechisch. Schreiben Sie nur und schämen Sie sich nicht. Aber Anfang ist schwer und Fehler mache auch ich.“

Run blieb es fleißig tschechisch lernen. Ich habe drei Kurse besucht. Am 19. Mai 1925 war ich bei der Vorprüfung und am 19. Juni 1925 bei der Hauptprüfung. Bei dieser Prüfung war ich einer von den Wenigen, die durchgekommen sind. Run, als ich sah, daß ich Erfolg gehabt hatte, kam erst recht der Eifer zum Lernen.

Ich lernte und lernte immerzu, kaufte mir verschiedene Bücher, doch das liebe Alter — ich war beinahe 30 Jahre alt — hat mir so manchen Dreck mitgeschleppt, doch hängen ist immer etwas geblieben, wenn auch nicht in dem Maße, als ich wollte. Ich ließ mir aber trotzdem in meinem Dienste, an dem ich mit Leib und Seele hing, nichts zuschulden kommen, was wiederum meine Qualifikationen bestätigen werden. Es lautet der Auszug aus dem Qualifikationsprotokoll vom 26. Juni 1925:

Allgemeine Fähigkeit zum Eisenbahndienst	ausgezeichnet
Fleiß	ausgezeichnet
Verhalten im Dienste	fehlerlos
Ganzer Erfolg der Diensttätigkeit	ausgezeichnet

Vom 3. Juli 1928 lautet der Auszug:

Allgemeine Fähigkeit zum Eisenbahndienst	gut
--	-----

Fleiß	ausgezeichnet
Verhalten im Dienste	fehlerlos
Ganzer Erfolg der Diensttätigkeit	ausgezeichnet

Ich war stolz auf meine Qualifikationen und wurde fleißig weitergelernt. Aber durch den plötzlichen Tod meiner lieben Frau am 15. Mai 1929, mußte ich den Wunsch, die tschechische Sprache vollständig zu beherrschen, aufgeben, denn ich war monatelang fast ausschließlich mit der Sorge um meine Kinder befaßt, und die Sorgen um meine Kinder mußte ich jetzt allein tragen.

So kam es: Was ich heute lernte, war am nächsten Tag vergessen, und noch manches was bereits einmal fast sei. Meinen Dienst machte ich aber weiter, wie immer. Nur einmal ließ ich infolge Verschleßens den Personenzug 508 stehen. Ich war beinahe 60 Stunden ohne Schlaf, weil mein Kind schwer krank war. Ich habe diesen Anstand am nächsten Tage sofort gemeldet, mußte aber meine 5 Kr. Strafe zahlen. Nur, wer weiß, was Nachdenken zu bedeuten hat, wird sich nicht weiter wundern.

Am 11. Oktober 1930 wurde ich verständigigt, daß ich nochmals die schriftliche Prüfung abzulegen habe. Dann, das wurde mir nicht gesagt, ich habe daraufhin wieder viele Seiten aus den Instruktionen abgeschrieben, trotzdem, wie ich schon erwähnte, alle Eintragungen seit Jahren tschechisch durchgeführt werden mußten. Am 10. Dezember wurde ich verständigigt, daß ich vom Dienste abgezogen werde, weil ich ungenügend im Schreiben habe.

Run möge sich jeder selbst sein Bild machen, der vielleicht geglaubt hat, ich hätte ein großes Verbrechen begangen, weil ich vom Dienste abgezogen wurde. Nein, kein Verbrechen habe ich begangen, nur gewissenhaft meinen Dienst bis zur letzten Stunde gemacht, und dafür wurde ich moralisch niedergedrückt und wurden meine Nerven zerrüttet.

Emanuel Henisch, Bahnwärter Unterbeamter.

Ist nicht in dieser ungeschminkten Darstellung, die der Unterbeamte Henisch aus Meierhöfen bei Karlsbad gibt, jede Zeile eine Anklage gegen die Bahnverwaltung?

Neunundzwanzig Jahre sieht einer im Bahndienst, von der früheren und der jetzigen Bahnverwaltung ist er als ausgezeichnet qualifiziert worden, er hängt an seinem Dienste mit Liebe, mit vorbildlichem Eifer, und er bekommt dennoch den Trieb. Denn er ist ein Deutscher. Weh' Dir, daß Du ein Deutscher bist!

Die tschechoslowakische Eisenbahnverwaltung sieht sich genötigt, zur Verminderung ihres Defizits die Fahrpreise zu erhöhen. Die viele Millionen aber könnte sie ersparen, wenn ihre Personalpolitik statt von nationalchauvinistischen, von jaslischen Motiven geleitet wäre! Wo ist ein zweites „kaufmännisches“ Unternehmen in der Welt, das seine eingearbeiteten und mit Interesse im Betriebe stehenden Arbeiter entlassen und dafür Leute mit einem Mangel an Erfahrungen einstellen würde? Nirgends, wo Vernunft walten würde, man vergleiche nun, was bei unserer Staatsbahnverwaltung geradezu als selbstverständlich gilt.

## Die „Pädagogische Woche“ in Aufig.

Am Montag, den 5. Jänner, wurden die Vorträge und Ausprägungen fortgesetzt. Donnerstags sprach Gen. Dr. Alice Kühle-Geisler, Dresden, über

### Kind und Gesellschaft.

Zunächst sprach sie über die soziologische Stellung des Kindes. Die jetzige Gesellschaft betrachtet das Kind als reines Privatwesen unter dem Verfügungsbrecht der Familie. Nur bei grober Mißhandlung oder wenn das Kind die Gesellschaft schädigt, greift diese in das Verhältnis der Familie ein. Die Gesellschaft erscheint als reine Erwachsenenangelegenheit, Aufgabe des Kindes ist nur die Vorbereitung für diese zukünftige Rolle.

Gegen die Erwachsenenmacht kann sich das Kind nicht auflehnen, weil es außerhalb dieser Beziehungen keine Existenzgrundlage hätte. Die Kinder bilden bis zu einem gewissen Grade eine Gesellschaftsklasse. Es liegt nicht im Interesse der Erwachsenen, dem Kinde seine Klassenlage bewußt zu machen. Klassenziel der Kinder wäre, sich von den Erwachsenen zu befreien. Es äußert sich nur im individuellen Protest als unbotmäßig. In gemeinsamer Organisation können die Kinder nicht kommen, weil Kindheit nur als Durchgangsstadium empfunden wird. Das Kind kennt die Solidarität nicht und sucht bei einzelnen Personen seines Vertrauens Erlog. Sein Denken ist vom Erwachsenen denken bestimmt. Strafe wird als Selbstverständnis empfunden.

Das Kind ist an allen Fragen der Gesellschaft beteiligt. Es muß sich ausmankern mit der Arbeit, mit seinen Mitmenschen und mit der Frage der Beziehung zu den Geschlechtern. Eine Autoritätserziehung auf allen diesen Gebieten liegt im Interesse des Staates. Die Familie ist die patriarchalische Gemeinschaft mit Herrschaft des Vaters, aus ihr soll eine Gemeinschaft mit Gegenseitigkeit der Rechte und Pflichten werden. Gemeinsame Beratungen über Arbeitsverteilung und freiwillige Arbeitsübernahme, strenge Kameradschaftlichkeit sind die Grundlage dieser Gemeinschaft.

#### Die Charakterbildung.

Über die angeborenen Anlagen wissen wir wenig. Die soziale Lage, mit der durch sie gegebene Stellung und alle angeführten Einflüsse bestimmen schon in den ersten Lebensjahren die Grundlage des Charakters. Aus dem Gefühl der Ungleichheit bildet sich in einem bestimmten Punkte, nach dem Gesetz der Kompensation ein Lebensziel im Sinne der Geltung aus. Die Verbindungslinie zu diesem Lebensziel sind die Charakterzüge. Sie legen den Charakter des Menschen für längere Zeit dadurch fest, daß mehrere ähnliche Erlebnisse zu einem maßgebenden Eindruck verdichtet werden. Beim Kinde bildet sich als Schutz gegen die Einbrüche der Außenwelt, die es als Minderwertigkeitsergebnisse erleidet, schon früh ein starrer Charakter aus, der im späteren Leben einwirkende Einflüsse nicht anpassend weiterbildet und verarbeitete, sondern sie entweder abblödt oder verfälcht. Durch sehr starke Erlebnisse wird ein so starrer Charakter durchgeschlagen und völlig von seiner Richtung abgedrängt. Um den Charakter bloßsam zu erhalten, muß dem Kinde Selbstgefühl und Mut gegeben werden. Die Aufgabe der Schule und Erziehungserziehung ist, die Frage dem Kinde und den Eltern klar zu machen, den irdigen Lebensplan des Kindes aufzugeben, das Kind von dem Druck der Engherzigkeit zu entlasten und ihm so den Weg zur mutigen Charakterbildung zu öffnen. Eine längere Aussprache beschloß den Vortrag.

## Billo, Sohn von Wotan

Von J. O. Curwood.  
(Copyright by Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart.)  
28. Kapitel.

### Freundschaft.

Jim Carvel streckte seine Hand aus. Da verstand das Kurven in Billos Kehle. Jim stand wieder auf. Er blickte in die Richtung, die McTaggart eingeschlagen hatte, und sicherte in einer selbstamen und übermütigen Weise. In diesem Moment lag etwas wie Freundschaft, wie auch in seinen Augen. Jim verbreitete etwas um sich, das den grauen Tag heller zu machen und die eisige Luft zu wärmen schien — ein sonderbares Etwas, das Freude, Hoffnung und Freundschaft ausstrahlte, wie der Ofen seine Wärme. Billo sah das. Zum erstenmal, seit ihm die beiden Männer gefunden hatten, verlor jetzt sein Körper die krampfartige, steife Haltung. Sein Rücken sackte zusammen und seine Zähne klapperten. Diefem Menschen gegenüber stand er seine Schwäche ein. Während er auf jede Bewegung Carvels achtete, sprach ein hungriger Blick aus seinen blumunterlaufnen Augen. Da streckte Jim Carvel seine Hand noch etwas weiter zu Billo hinüber.

„Du armer Teufel,“ sagte er, während ihm das Lächeln von den Lippen schwand. „Du armer Teufel!“ Diese Worte wirkten wie eine Liebeslösung auf Billo — die erste Liebeslösung seit dem Verlust Pierrots und Repees. Er ließ den Kopf sinken, bis das Maul platt auf dem Schnee lag. Carvel sah ganz deutlich, wie das Blut langsam zwischen den Lippen Billos aus dem Maul tropfte.

großen Aufrichtigkeit und dem tiefen Mitgefühl für das Tier. Er berührte seinen Kopf und lächelte ihn in zärtlicher Weise. Dann suchte er langsam und noch etwas vorsichtiger das Gefäß von Billos Vorderfuß zu lösen. Billo strengte sich an, mit seinem halbverschlagenen Hirn diesen Vorgang zu fassen; aber ganz hatte er erst dann begriffen, als er fühlte, wie sich das Eisen löste und sein gelähmter Fuß frei wurde. Dann tat er das, was er bisher noch keinem Wesen außer Repee getan hatte: er legte Carvels Hand mit seiner heißen Zunge. Jim lachte und öffnete mit starkem Griff auch die anderen Rollen, bis Billo gänzlich frei war.

Augenblicke lang blieb er regungslos auf Boden liegen. Seine Augen ruhten auf seinem Reiter. Carvel hatte sich auf einen verschneiten Birkenstamm gesetzt und stopfte seine Pfeife. Billo sah zu, wie er sie in Brand steckte, und verfolgte die erste Rauchwolke, die Jim in die Luft blies mit neuerwachtem Eifer. Jim sah nicht weit von Billo entfernt und grinte ihn an.

„Nur Mut gefaßt, alter Junge,“ rief er ihm zu. „Daß ja kein Bein gebrochen. Bist nur ein wenig steif.“

Carvel schaute in die Richtung, in der Lac Vain lag. Er hatte McTaggart im Verdacht, daß er fechtmachen und an diesen Platz zurückkehren könnte. Vielleicht hegte Billo denselben Verdacht, denn als Carvel wieder zu Billo hinüberschaute, war dieser aufgestanden; er raumelte noch ein wenig, bis er das Gleichgewicht wieder erlangt hatte. Im nächsten Augenblick nahm Carvel seinen Proviantfaß vom Rücken und öffnete ihn. Er langte hinein und zog ein ordentliches Stück rohen, roten Fleisches hervor.

„Heute morgen erst hab ich's erlegt,“ erklärte er Billo. „Ein größ' Monate alter Bulle, zart wie ein Rehbock. Schmeckt sich, wie noch nie ein Bendenstück geschmeckt hat. Versuch' einmal.“ Er warf Billo das Fleisch hin, der es mit ganz eindeutiger Miene annahm. Er war aus-

gehungert, und das Fleisch wurde ihm ja von einem Freund gegeben. Tief vergrub er seine Zähne und verschlang es gierig. Neue Lebensgeister erwärmten sein Blut. Keinen Augenblick wandte er seine unterlaufnen Augen von dem Gesichte Carvels. Dieser schnallte sein Gepäc wieder um, stand auf, nahm sein Gewehr und schnallte seine Schneeschuhe an. Dann wandte er sich nach Norden.

„Kommt' mit, Junge,“ sagte er. „Wir wollen weiter.“

Das war eine ganz selbstverständliche Aufforderung, wie wenn die beiden schon seit langer Zeit Knechtgefahrten wären. Vielleicht war es nicht nur eine Aufforderung, sondern, zum Teil wenigstens, ein Befehl. Das bestürzte Billo. Einen Augenblick lang stand er regungslos auf der Fährte Jim Carvels und schaute ihm nach, wie er in nördlicher Richtung verschwand. Jim schaute sich nicht um. Da durchdrang ein plötzlicher, krampfartiger Schmerz Billos Körper. Er wandte seinen Kopf hinüber nach Lac Vain, schaute dann wieder Carvel nach und begann ganz leise zu winseln. Im nächsten Augenblick mußte Carvel hinter den dichten Tannen verschwinden sein; er blieb aber noch einmal stehen und schaute zurück.

„Kommst du mit?“ Sogar in dieser Entfernung konnte ihn Billo gemächlich grinsen sehen. Er sah die ausgestreckte Hand, und die Stimme erweckte neue Eindrücke in ihm. Die gleich nicht der Stimme Pierrots, Pierrot hatte er eigentlich nie geliebt. Sie war aber auch nicht so weich und süß wie die Stimme Repees. Billo hatte nur wenige Männer gekannt und allen war er mit Mißtrauen begegnet. Diese Stimme aber entwarfnete ihn. Sie klang so verlockend. Es verlangte ihn, ihr zu antworten. Mit einmal trieb ihn der Wunsch, diesem Fremden zu folgen. Zum erstenmal in seinem Leben erfüllte ihn eine Sehnsucht nach der Freundschaft eines Mannes. Er rührte sich

nicht von der Stelle, bis Jim Carvel im Tannendickicht verschwunden war. Dann folgte er ihm.

In dieser Nacht kampierten sie in einem dichten Zedernbestand, fünfzehn Kilometer nördlich von McTaggarts Jagdrevier. Seit zwei Stunden hatte es geschneit, und die Spuren waren verweht. Es schneite noch immer, aber nicht eine Flocke dieser weißen Flut war durch den dichten Baldachin von Zweigen gefallen. Carvel hatte sein kleines Seibengel aufgeschlagen und ein Feuer entfacht. Das Abendrot war doendel. Billo lag auf dem Bauch und schaute Jim ins Gesicht. Dieser sah mit dem Rücken gegen einen Baum gelehnt und rauchte ununterbrochen. Mühe und Jacke hatte er abgelegt und in der warmen Luft des Feuers sah er fast Inadenthaft jung aus. Selbst im Schein des Feuers aber verloren seine Kiefer nichts von ihrer großhohigen Form und seine Augen nichts von ihrer Schärfe.

„Ja, scheint gut zu sein, jemand um sich zu haben, bei dem man sich ansprechen kann,“ sagte er zu Billo. „Jemanden, der einen versteht und der auch den Mund halten kann. Hat es dich schon einmal dazu getrieben, zu heulen und haltest du es dann trotzdem nicht zu tun genog? Run, so ungefähr ist mir nunute. Manchmal bin ich drauf und dran gewesen zu weinen, weil ich mit jemand sprechen wollte und es doch nicht wogte.“

Er rieb sich die Hände und hielt sie gegen das Feuer. Billo ließ sich nicht die geringste seiner Bewegungen entgehen und lauschte gespannt auf jeden Laut, der von seinen Lippen kam. Seine Augen verrieten den Ausdruck einer stummen Verehrung, einen Blick, der Carvels Herz erwarnte und verging in der unendlichen Einsamkeit und Leere der Nacht. Billo hatte sich ganz nahe zu Füßen des Mannes niedergelegt. Carvel beugte sich vor und lächelte Billos Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

Nachmittags wurden die Schulgesundheitsämter, das Berufsberatungsamt, die Jugendbergeber und andere Einrichtungen besichtigt.

Am Montag abends fand ein allgemein zugänglicher Elternabend statt, der stark besucht war und in dem Genosse Franz Konzal, Wien, über die „Erziehung zur Wahrheit“ sprach.

Am Dienstag, den 6. Jänner, wurde die „Pädagogische Woche“ mit dem Vortrage

„Elternvereinerung und Schulerneuerung“ gehalten, von Gen. Dir. Franz Konzal, Wien, beendet.

Er hielt zunächst einen Rückblick auf die Schulerneuerung, um daraus zu beweisen, daß die Einführung der Elternvereinerungen zusammenhängt mit der Notwendigkeit, daß die Schule ohne die Mitarbeit der Eltern nicht mehr auskommt. Ueber die praktischen Erfahrungen aus der Wiener Elternvereinerungsbewegung sagte er folgendes:

Der Verein „Freie Schule“ hatte schon vor Jahren Elternabende veranstaltet, die Ergebnisse dieser machte man sich zunutze. Mit der sich durchziehenden Schulreform trat das Kind mehr und mehr in den Vordergrund. An Stelle der Kataloge kamen die Schülerbeschreibungen. Dazu brauchte man die Eltern und so wurde ihnen der Weg, mit dem Lehrer für ihre Kinder einzutreten, geöffnet. Es entstanden nun verschiedene Elternvereinerungen. In diese mußte Ordnung gebracht werden, was durch amtliche Verfügungen geschah.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen besprach der Vortragende den Plan einer Jahresarbeit, wie er in der Wirklichkeit durchgeführt wurde.

1. Monat: Was müssen die Eltern der neuereitenden Schüler von der Schule wissen?
2. Monat: Generalversammlung und Republikfeier.
3. Monat: Was habe ich meinen Kindern zu vermahnen? (Ausstellung.)
4. Monat: Wie lese ich den Klassenzettel meines Kindes? (Wozu bekommen den Klassenzettel sollst in die Hand.)
5. Monat: Eine moderne Zeichenstunde. (Der Lehrer mit seinen Schülern.)
6. Monat: Erziehung zur Reinheit.
7. Monat: Pflanzen- und Tierkunde.
8. Monat: Erziehung zur Selbstständigkeit.
9. Monat: Zeugnisverteilung und Schlussfeier.

Die Erfolge der Elternvereinerung sind: Der Schulbesuch ist bedeutend besser geworden.

Durch die Zeugnisverteilung an die Eltern kam es zu einem besseren Einvernehmen zwischen Schule und Haus.

Die Elternvereinerungen tragen viel dazu bei, die Durchführungen zur Schulreform zu fördern.

Es wurden viel Lehr- und Lernmittel angeschafft, denn die Eltern opfern gerne Zeit und Geld. Auch entstand eine Elternzeitschrift.

Damit war die „Pädagogische Woche“ beendet. Gen. Prof. Fürstensau, Reichenberg, dankte den Verantwortlichen für die Gelegenheit, die Einsicht in pädagogische Fragen zu verheilen, insbesondere sprach er unter lebhaftem Beifall der Teilnehmer dem Genossen Hudl den Dank für die mit der Organisation der „Pädagogischen Woche“ verbundene Arbeit aus.

Zum Schluß dankte Genosse Hudl nochmals allen Vortragenden, ebenso den Teilnehmern für die Ausdauer und Aufmerksamkeit und rief ihnen ein Wiedersehen im nächsten Jahre zu.

Nachmittags besuchten 50 Teilnehmer das Kinderheim in Dittersbach.

### Jeremiade um den katholischen Bloß. Die katholische Internationalität verfaßt.

Die christlichsoziale „Deutsche Presse“ widmet der gesamt-katholischen — lies: kirchlichen — Politik im Staate eine abschließende Jahresbetrachtung, die nach der Feststellung sozialistischer, freisinniger Erfolge, die sie vor allem in der Schulreformtätigkeit des Genossen Dörer sieht, in ein Klagen- und Anklagegeheul gegen den tschechisch-kirchlichen Minister Sramek ausartet. Der tschechisch-kirchliche Bloß, schreibt das Blatt, hat die heilige Sehnsucht aller Katholiken im Staate und auch die tschechische Geistlichkeit sehr seine Notwendigkeit ein:

Die tschechische Geistlichkeit sprach sich in zahlreichen Kundgebungen für den katholischen Bloß aus — die tschechische Volkspartei aber verschob später trotz allem die Diskussion vom kulturpolitischen Gebiet auf das national- und staatspolitische. Damit war der Gedanke eines katholischen Bloßes einstweilen begraben...

Wir haben nicht die Absicht, heute wieder eine unfruchtbare Diskussion aufzuführen. Unser Eindruck auf Grund der bisherigen Erfahrungen ist dieser: Minister Dr. Sramek weicht, entgegen dem Willen des gesamten katholischen Volkes, einem katholischen Bloße aus, weil er nicht die Fähigkeiten dazu besitzt, aus einem solchen Bloße politisch etwas zu machen. Unserer Meinung nach wäre ein katholischer „Bloß“ in kulturpolitischen Fragen auch dann möglich, wenn eine Partei dieses Bloßes der Koalition und Regierung angehört.

Warum sollen die Katholiken nicht auch einmal die Vorteile der Opposition und Regierung ausnützen? Leider war es bisher immer so, daß die Opposition der deutschen und slowakischen Katholiken gegen religionsfeindliche Maßnahmen der Regierung bei Minister Sramek nur sehr schwaches Gehör fand.

Das Blatt setzt dann dem Sramek noch auseinander, daß er sich nicht fürchten müsse, in der Koalition einmal scharfer aufzutreten, und daß es auch nicht schaden könne, wenn er einmal in Opposition ginge. „Hoffentlich“ — meint Rays-Hartings Jeremias — „müssen wir nicht, wie über das vergangene Jahr, auch über das Jahr 1931 wieder das Motto setzen: Die Kinder der Welt sind klüger gewesen als die Kinder des Bloßes“ (des Kirchenlichts) nämlich, das der Sramek nach all dem nicht zu sein scheint).

Herr Minister Sramek erlaubt sich weit über die Grenzen seiner Parteigelehrtheit hinaus, wie man sieht, einer kräftigen Unbeliebtheit. Kürzlich haben ihm tschechisch-katholische Gewerkschafter in ihrem Blatt vorgeworfen, daß man an der Tätigkeit des Ministers Czech erst sehe, was Sramek nicht getan und was er schlecht gemacht habe; sie haben ihm vorgeworfen, daß der Sozialist Czech all das verteidigt habe, was die christlichen Arbeitervertreter von ihrem Parteiminister durch vier Jahre vergeblich gefordert haben. Bei den Slowaken ist Sramek wegen seiner borniert tschechoslowakischen Sentimentalität unbeliebt und nun wirft das deutsche christlichsoziale Blatt ihm, dem Gewerkschafter Herr, dem gefalteten Priester der Kirche, Laune im Glauben und Preisgabe der katholischen (kerikalischen) Interessen vor.

Interessant an diesen Jeremiaden und Sticheleien ist aber vor allem die offene Feststellung der Tatsache, daß von einer Zusammenarbeit zwischen den kirchlichen Parteien nicht die Rede sein kann, daß der Katholizismus, der doch seine Angehörigen zu einer gemeinsamen übernationalen Ethik verpflichten sollte, als geistiges Bindemittel versagt. Dieselben Herren, die das zugeben müssen, sind aber jederzeit die ersten, sich am Sozialismus zu

### Herr Jung und die vormilitärische Erziehung. Eine gefährliche Reminiszenz!

In einer Generalspolemik sucht der „Tag“ den Nachweis zu erbringen, daß alles, was von sozialdemokratischer Seite in der letzten Zeit gegen den Nationalsozialismus vorgebracht wurde, erfunden und erlogen sei. Die Beweise sehen alle so aus, wie das Alibi des Herrn Krebs in der Sache des Krebs-Artikels in den Nationalsozialistischen Briefen: der Artikel ist zwar erschienen, aber er stammt von einem anderen Krebs; oder wie die Aussage, mit der man sich um Herrn Ernst Mann drückt, der den Kriegsinvaliden Selbstmord empfiehlt: er sei kein organisierter Nationalsozialist (obwohl er mit jeder Phrasen- und jedem Gedanken dem dritten Reich zugehört, für das er ja wirbt). In der umfangreichen Polemik gegen alles kommt auch die alte Sache mit der Unterschrift des Herrn Jung auf dem militärischen Antrag Schollisch-Jung wieder zur Sprache. Der „Tag“ schreibt:

„Ebenso gelogen wird in dem Aufsatz „Vorwärts Herr Abg. Jung“. In ihm heißt es: „Dabei Sie schon vergessen, daß Sie, Herr Abg. Jung, in der Nationalversammlung der Tschechoslowakei den Antrag auf „Einführung der vormilitärischen Erziehung“ unterschrieben haben.“ Es braucht nicht erst betont zu werden, daß weder Abg. Jung noch irgend ein anderer unserer Parlamentarier einen Antrag auf „Einführung der vormilitärischen Erziehung“ jemals unterschrieben oder eingebracht. Es handelt sich lediglich um einen Antrag Dr. Schollisch, welcher mit vormilitärischer Erziehung nicht das Geringste zu tun hat, wie schon aus seinem Titel hervorgeht. Denn dieser lautet: „Gesetz, betreffend die Regelung der körperlichen Erziehung der Schuljugend und der schulunfähigen Jugend“. Er setzt sich lediglich für die Förderung des Turnens ein. Wir begreifen ja, daß die Platinhüter für Turnen nichts übrig haben, auch nicht davon verstehen und daher in jeder harmlosen Turnübung gleich eine Vorbereitung für den nächsten Weltkrieg sehen.

Uebrigens ist es nicht uninteressant, wie die Lügenmachrichten der Sozialpresse zustande kommen. Der dorthin genannte Antrag auf Regelung der körperlichen Erziehung der Schuljugend wurde im sozialdemokratischen Hauptblatt, dem „Prager „Sozialdemokrat“, in seiner Nummer 205 vom 31. August in einem Leitartikel besprochen. Dort ist er auch vollständig abgedruckt. Und obwohl weder aus dem Inhalt noch aus dem Titel auch nur im geringsten hervorgeht, daß es sich um Einführung der vormilitärischen Erziehung handelt, trägt der Leitartikel doch den Titel „Deutsch-nationale Antimilitaristen“. Schollisch und Jung als Handlanger der Generale.“ Es ist natürlich namentlich eingeleitet, diesen Blödsinn zu berichtigten.“

Das ist schon nicht wahr. Dem Herrn Schollisch ist es, freilich erst nach einigen

Wochen Ueberlegung, (schon eingefallen, zu „berichtigen“. In seinem Reuisschreiner Briefchen suchte er die Sache als harmlose Aktion zur Förderung des Sports darzustellen. Es lohnte sich lediglich nicht, auf die Entschuldigungen des Herrn Schollisch, die ja auch nur einem ganz kleinen Kreis von Desinteressierten zu Augen kamen, nochmals einzugehen. Da sich aber auch Schollischs Komplize Jung in der Sache wieder zu Wort meldet und glaubt, mit der Butter in der Sonne spazieren zu können, weil jetzt Winter und jene schon ransig ist, so wollen wir uns doch noch einmal über den Antrag unterhalten.

### Die Freudenthaler Textil-Fabrikanten wollen einen 7prozentigen Lohnabbau „diffieren“.

Die Arbeiterschaft beschließt den Abwehrkampf.

Am Sonntag, den 4. Jänner 1931, fand im Arbeiterheim in Freudenthal eine Massenversammlung aller Betriebe und Gewerkschaften statt, in welcher ein ausführlicher Bericht über den derzeitigen Stand der Lohnbewegung erstattet wurde. Mit 15. November 1930 wurde seitens der Unternehmer der bestehende Lohnvertrag gekündigt und ein Lohnabbau verlangt. Nachdem die Unternehmer für eine friedliche Beilegung dieses nun entstandenen Konfliktes nicht zu haben waren, wurde in dieser Versammlung am Sonntag der Abwehrkampf beschlossen. Schon die Tatsache, daß die Unternehmer selbst zugeben, daß von den Löhnen unter 70 K „nichts“ abgebaut werden sollte, gibt Zeugnis davon, welche Durchschmittslöhne in Freudenthal gezahlt werden. Dieser Lohnabbau wird seitens der Arbeitnehmer damit begründet, daß unsere Textilindustrie am Weltmarkt derzeit nicht konkurrenzfähig ist und daher durch diesen Lohnabbau wieder konkurrenzfähig gemacht werden soll. Alles geht schon auf Kosten der Arbeitelöhne und nun soll auch dieses Wenige noch gekürzt werden. Am Montag, den 5. Jänner, hat ein Teil die Arbeit bereits wieder abgelegt und wenn nun trotz dem Ersche der Situation keine Einigung erzielt wird, werden in dieser schweren Zeit 1500 Textilarbeiter in den Streik treten.

Zuzug von Textilarbeitern ist fernzuhalten!

Wochen Ueberlegung, (schon eingefallen, zu „berichtigen“. In seinem Reuisschreiner Briefchen suchte er die Sache als harmlose Aktion zur Förderung des Sports darzustellen. Es lohnte sich lediglich nicht, auf die Entschuldigungen des Herrn Schollisch, die ja auch nur einem ganz kleinen Kreis von Desinteressierten zu Augen kamen, nochmals einzugehen. Da sich aber auch Schollischs Komplize Jung in der Sache wieder zu Wort meldet und glaubt, mit der Butter in der Sonne spazieren zu können, weil jetzt Winter und jene schon ransig ist, so wollen wir uns doch noch einmal über den Antrag unterhalten.

Der „Tag“ entsetzt sich, wie man sieht, noch sehr gut, daß wir den Antrag in einem Leitartikel besprochen und „auch vollständig abgedruckt“ haben (in Wahrheit: fast vollständig). Das hätten wir wahrheitsgemäß nicht getan, wenn „weder aus dem Inhalt noch aus dem Titel auch nur im geringsten“ hervorgeginge, daß unsere Behauptungen richtig seien. Man muß schon ein völliger Publizist sein, um derlei zustandebringen und in nationalsozialistischen Blättern kommt es immer wieder vor; wir haben den Antrag natürlich nur deshalb so ausführlich zitiert, weil er Wort für Wort unsere Behauptungen bestätigte.

Aus dem Inhalt sei nur das Nötigste ins Gedächtnis zurückgerufen. Der Antrag Schollisch-Jung forderte: Errichtung von Gemeinde- und Bezirksämtern für körperliche Erziehung, vor allem der Jugend, Anstellung eigener Turnlehrer an allen Schulgattungen, Verpflichtung der Gemeinden zur kostenlosen Bereitstellung von Räumen und Sportplätzen, allgemeine Sportpflicht, Turnen als Hauptprüfungsgegenstand bei Reifeprüfungen (!) — und bei alldem keinerlei Garantie auch nur für das Mitbestimmungsrecht der autonomen Körperschaften und der Clou, daß mit der Durchführung des Gesetzes das Gesundheits-, das Unterrichts- und das Heeresministerium zu betrauen seien! Wir halten demals geschrieben, wenn sich für diesen Antrag eine Mehrheit finde, dann hätten die Generale, was sie seit Jahren vergebens erstreben: die vormilitärische Erziehung. Wir fügen hinzu, sie hätten mehr als sie jemals zu fordern wogien; die Uebungs- und Erziehungspflicht für alle Staatsbürger und die Möglichkeit, in jede Bezirksstadt einen emeritierten Feldwebel als Inspektor und in jede Gemeinde einen als Instruktor zu setzen. Der Herr Jung lese nur, was er unterschrieben hat, gewissenhaft nach und frage sich, wie es noch Gescheherdung dieses „harmlosen“ Antrages aussehen würde. Wenn er dieser unferer Behauptung widersprechen kann, nur dann, wenn er uns nachweist, daß jener Antrag, in dessen Motivbericht ausdrücklich auf die militärische Bedeutung des Gesetzes und auf die Vorbilder anderer „Kulturstaaten“ wie Frankreich, Ungarn (!) und Polen (!) hingewiesen wurde, auch Garantien gegen die von uns erwähnten Folgen enthält, nur dann gehe er wieder mit diesem Nordstrom von ransiger Butter auf seinem Diktatoren-Publikos in der Sonne spazieren!

### An die richtige Front!

Im Hinblick auf die in den letzten Tagen erfolgte Gründung unseres Verbandes der Gewerbetreibenden und Kaufleute verdient hervorgehoben zu werden, in welcher erfreulicher Weise sich der österreichische Bruderverband entwickelt hat.

Im Jahre 1927 zählte der Verband der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute in Wien 5681 Mitglieder, jetzt trotz der Krise 22.236. Während 1927 die sozialdemokratischen Gewerbetreibenden nur in sechs Wiener Genossenschaften vertreten waren, sind sie jetzt in 27 Genossenschaften vertreten. Fünf gewerbliche Genossenschaften, die Schirmherzeuger, die Strohhutherzeuger, die Kürschner, die Pfasterer und die Spirituosenhersteller sind zur Gänze in sozialdemokratischem Besitz! Während im Jahre 1927 in dem berechtigten Wiener Gewerbe-Genossenschaftsverband nur sieben sozialdemokratische Vertreter waren, sind es heute bereits 27! Heute sind bereits acht Genossenschaftsvorsteher, 22 Vorstellvertreter, 306 sonstige Funktionäre der Genossenschaft und 110 Delegierte, zusammen 534 Sozialdemokraten, in den Wiener Genossenschaften und Gremien in Tätigkeit. Die ungeheuren Erfolge wurden allen Feindwehrtreibenden zum Trotz unter sozialdemokratischer Flagge errungen. Der Feind der kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleute ist derselbe Kapitalismus, der auch von den Arbeitern und Angestellten bekämpft wird. Es war daher eine begründete Tat, daß der Verband der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute auf dem Linzer Parteitag als sozialdemokratische Organisation anerkannt worden ist! Die Aufräumarbeit, die in den letzten Jahren geleistet wurde, hat bewirkt, daß immer weniger Selbständige an den unpolitischen Schwindel der „Gewerbetreter“ glauben. Heute weiß schon ein großer Teil der Selbständigen, daß er von der christlichsozialen Partei, der ehemaligen Partei des „kleinen Mannes“, verkauft und verraten wird. Auch in den Bundesländern konnte der Verband in den letzten Jahren sehr schöne Erfolge erzielen.

Hoffentlich gelingt es auch unserem neuen Verbände, sich erfolgreich durchzusetzen. Er verdient die kräftigste Unterstützung seitens der Partei, um die größte Schicht der Klein- und Mittelgewerbetreibenden und Kleinkaufleute, die heute vorwiegend noch im Banne kapitalistischer Parteien stehen, in die richtige Front zu bringen, in den Kampf gegen gemeinsamen Feind aller arbeitenden Menschen, gegen den Kapitalismus!

### Ein merkwürdiges Stückchen der Bürokratie.

Die Bezirksbehörde in Komotau will den Gemeinden verbieten, den Arbeitslosen zu helfen. Die Bezirksbehörde in Komotau hat an die Gemeinden des Bezirkes einen Erlaß gerichtet, der in etwas verkapulierter Form eigentlich nichts anders besagt, als die Gemeinden — gerade in der Zeit der furchtbarsten Krise — davon abzuhalten, zur Linderung der schrecklichen Not der Arbeitslosen das ihre beizutragen. Der Erlaß bezieht sich eingangs auf die von kommunistischer Seite in vielen Gemeinden eingebrachten Agitationsanträge zugunsten der Arbeitslosen und fährt dann fort:

Das Bürgermeisteramt (Gemeindeamt) wird aufmerksam gemacht, daß Arbeitslosenunterstützungen überhaupt nicht in den Wirkungsbereich der Gemeinden fallen und daß daher solche Unterstützungen bei Gemeinden, die den Ausgleichsfonds in Anspruch nehmen, nur insoweit zulässig sind, als der Landesausgleichsausgaben für solche Zwecke im Voranschlage belassen hat und dadurch die sonstigen gesetzlichen Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt werden. Bei Gemeinden, die keinen Anspruch an den Ausgleichsfonds erheben, können nur etwaige Ueberschüsse oder Ersparnisse im Voranschlage zu Arbeitslosenunterstützungen verwendet werden. Zugleich wird die am § 19 des G. Ges. Nr. 169/30 statuierte Erfassungspflicht der Gemeindevorsteher in Erinnerung gebracht.

Dazu ist zu bemerken, daß die Gemeinden ihren Wirkungsbereich keineswegs überschreiten, wenn sie — ebenso wie sie das für die Distrikte tun müssen — auch den Arbeitslosen Unterstützungen gewähren. Daß derartige Ausgaben ordnungsgemäß bedeckt sein müssen, ist nichts Neues und es braucht die Komotauer Bezirksbehörde darauf gar nicht besonders aufmerksam zu machen. In dieser Hinsicht war ihr Erlaß völlig überflüssig und so wird der Verdacht nur bestärkt, daß es ihr nur darum ging, einige Gemeindefunktionäre einzuschüchtern, um so zu verhindern, daß den Arbeitslosen auch von Gemeinde wegen Hilfe wird. Man muß da schon sagen, daß die löbl. Bürokratie wahrlich andere Sorgen haben könnte. Es ist selbstverständlich, daß sich vor allem unsere Genossen durch derartige „Erlässe“ nicht werden abhalten lassen, auch in den Gemeindeführern nach wie vor für die bedauernswerten Opfer der Wirtschaftskrise einzutreten.

Jedes neue Parteimitglied bedeutet:  
einen Freund mehr,  
einen Feind weniger.  
Darum werbet für die Partei!





